

Geschäftsverteilung beim Bundesverfassungsgericht für das Geschäftsjahr 1994

A. Geschäftsverteilungspläne der Senate

Vorbemerkung

Die Zuständigkeit der Senate ergibt sich aus § 14 Abs. 1 bis 3 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG) und dem Beschluß des Plenums des Bundesverfassungsgerichts nach § 14 Abs. 4 Satz 1 BVerfGG vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 2492).

Erster Senat

Beschluß des Ersten Senats vom 15. Dezember 1993
über die Geschäftsverteilung für das Geschäftsjahr 1994

I.

Die verfahrenseinleitenden Anträge werden

1. nach originären Sachgebieten (Teil A) und
 2. in einem Umlaufverfahren (Teil B)
- auf die einzelnen Richter verteilt.

II.

Zu I.1.

Die Sachgebiete für jeden Richter ergeben sich aus der anliegenden Gesamtübersicht (Teil A); zu den Sachgebieten gehören auch die Verfahren, in denen Rügen aus Artikel 19 Abs. 4, Artikel 101 Abs. 1 und Artikel 103 Abs. 1 GG überwiegen.

Ist ein Richter für ein bestimmtes Grundrecht zuständig und wird in einem Verfahren überwiegend die Verletzung dieses Grundrechts gerügt, so ist ihm das Verfahren zuzuteilen.

Zu I.2.

Soweit sich Verfahren nicht nach Teil A zuteilen lassen, werden sie in einem Umlaufverfahren (Teil B) im jeweiligen Geschäftsjahr nach folgenden Grundsätzen verteilt:

- a) Die bis zum Ablauf des 15. Januar eingehenden Verfahren werden in der Reihenfolge des Eingangs auf die Richter nach dem Dienstalter, beginnend mit dem dienstjüngsten, verteilt. Der Präsident gilt als dienstältester Richter.
- b) Die Zuteilung der ab dem 16. Januar eingehenden Umlaufverfahren richtet sich nach den Zuteilungszahlen des Vorjahres (ohne die nach Teil B zugeteilten Parallelverfahren) in folgender Weise:

Zunächst erhält der Richter, der im Vorjahr insgesamt (nach Teil A und Teil B) die geringste Zahl von Verfahren zugeteilt erhalten hat, so viele Umlaufverfahren zugeteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist. Anschließend werden die weiteren Umlaufverfahren in der Reihenfolge des Eingangs abwechselnd auf diese beiden Richter verteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist. Die weiteren Verfahren werden sodann unter diesen drei Richtern abwechselnd in der Reihenfolge des Eingangs zugeteilt, bis der Unterschied zu dem Richter mit der nächsthöheren Zuteilungszahl ausgeglichen ist, und so weiter. Sind alle Richter einbezogen, wird die Zuteilung im Umlauf unter allen Richtern gleichmäßig fortgesetzt.

Die Reihenfolge der Zuteilung unter mehreren Richtern beginnt dabei jeweils mit demjenigen, der im Vorjahr die geringste Zuteilungszahl hatte, und setzt sich in der Reihenfolge der aufsteigenden Zuteilungszahlen fort. Unter Richtern mit gleicher Zuteilungszahl geht der dienstjüngere vor.

- c) Die vom 1. bis einschließlich 15. Juli eingehenden Umlaufverfahren werden wieder in der Reihenfolge des Eingangs auf die Richter nach dem Dienstalter, beginnend mit dem dienstjüngsten, verteilt. Der Präsident gilt als dienstältester Richter. Die Zuteilung der ab 16. Juli eingehenden Umlaufverfahren erfolgt nach Buchstabe b, wobei jedoch die Zuteilungszahlen des laufenden Kalenderjahres bis zum 30. Juni zugrunde zu legen sind.

- d) Der Präsident wird in das Zuteilungsverfahren nach den vorstehenden Abschnitten in der Weise einbezogen, daß für ihn als Zuteilungszahl des maßgeblichen vorausgegangenen Zeitraums jeweils die doppelte Zahl der ihm tatsächlich zugeteilten Verfahren eingesetzt wird. Aus den im zweiten und im vierten Kalendervierteljahr eingehenden Umlaufverfahren erhält er keine Zuteilungen. Das Umlaufverfahren wird insoweit unter den übrigen Richtern fortgesetzt.

- e) Maßgebend für die Reihenfolge der Eintragung ist bei Umschreibungen aus dem Allgemeinen Register (§ 61 Abs. 2 GOBVerfG) der Eingang des Verfahrens beim Leiter der Geschäftsstelle; im übrigen bestimmt sich die Reihenfolge der Eintragung nach dem durch den Eingangsstempel ausgewiesenen Zeitpunkt. Gehen mehrere Sachen gleichzeitig ein, so entscheidet die alphabetische Reihenfolge, bezogen auf den Namen des Beschwerdeführers oder den Ortsnamen des Sitzes der Institution oder des Gerichts, bei gleichem Sitz zweier oder mehrerer Institutionen die Bezeichnung der Institution.

Gehen zu einem im Umlauf (Teil B) zugeteilten Verfahren gleichzeitig oder später weitere tatsächlich oder/und rechtlich gleichgelagerte Verfahren ein, so sind auch diese dem für das erste Eingangsverfahren zuständigen Richter außerhalb der maßgeblichen Zuteilungsfolge zuzuweisen, selbst wenn er im Zeitpunkt der Zuteilung vom Umlaufverfahren ausgenommen ist.

III.

1. Das Dezernat von Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Henschel ist ab 1. Januar 1994 nicht mehr für Verfahren aus dem Bereich des Wohnraummietrechts (bisher Nr. 5. der Auflistung der originären Zuständigkeiten in der Gesamtübersicht der Geschäftsverteilung des Ersten Senats) zuständig.

Es wird für Verfahren aus dem Bereich des Steuerrechts zuständig. Die Zuständigkeit des Dezernats von Präsident Prof. Dr. Herzog für bis zum 31. Dezember 1989 anhängig gewordene Steuersachen bleibt unverändert.

2. Das Dezernat von Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Grimm wird auch zuständig für Verfahren aus dem Strafverfahrensrecht.

Nr. 2. in Abschnitt I. lautet danach wie folgt:

Strafrecht, Strafverfahrensrecht und andere Rechtsgebiete, soweit das Recht der Versammlungsfreiheit/Demonstrationsrecht — Art. 8 GG — betroffen ist.

3. Das Dezernat von Bundesverfassungsrichter Dr. Seidl ist auch für Verfahren aus dem Bereich „Erbrecht“ zuständig.
4. Alle Dezernate sind auch zuständig für Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind (vgl. Abschnitt II. in der Gesamtübersicht der Geschäftsverteilung).
5. Die in der Gesamtübersicht für das Geschäftsjahr 1993 aufgelisteten originären Zuständigkeitsabgrenzungen der einzelnen Richterdezernate bleiben im übrigen für das Geschäftsjahr 1994 unverändert.

Teil A

**Vorsitzender des Senats
Präsident Prof. Dr. Herzog**

- I. 1. Kriegsfolgenliquidation
 - Reparationsschädengesetz
 - Lastenausgleichsrecht
 - Bundesvertriebenengesetz (BVFG)
 - Reichsleistungsgesetz
 - Wertpapierbereinigungsgesetz,
2. Steuersachen, soweit bis 31. Dezember 1989 anhängig geworden.
- II. Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Prof. Dr. Henschel

- I. 1. Recht der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit
 - Artikel 4 GG —,
2. Hochschulrecht (einschließlich Promotions- und Habilitationsrecht, nicht jedoch sonstiges Hochschulausbildungs- und Hochschulprüfungsrecht — vgl. insoweit Dezernat BVR Prof. Dr. Dieterich, Ziffer I 2 —),
3. Verfahren, in denen die Auslegung des Artikel 5 Abs. 3 GG (Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre) überwiegt,

BVR Dr. Kühling

4. Schulrecht (einschließlich des Privatschulrechts — Artikel 7 GG — und einschließlich des Prüfungs- und Versetzungsrechts im Rahmen des Schulrechts — z. B. Abiturprüfung, jedoch z. B. nicht auch Prüfungen für das Lehramt an Schulen —),
 5. Gemeindeabgabenrecht (z. B. Kommunales Abgabenrecht und Abgabenrecht von Verbänden, soweit nicht zum Recht der Erschließung gehörig — vgl. Dezernat BVR Dr. Seidl, Ziffer I. 11 —; nicht dagegen Elternabgaben nach Kindergartengesetz der Länder — Umlaufverfahren —),
 6. Steuerrecht.
- II. Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Dr. Seidl

- I. 1. Baurecht,
 2. Bodenrecht,
 3. Grundstücksverkehrsrecht,
 4. Enteignungsrecht,
 5. Städtebauliches und ländliches Planungsrecht,
 6. Raumordnungsrecht,
 7. Natur- und Landschaftsschutz,
 8. Umweltschutz (öffentlich-rechtlich),
 9. Städtisches Umlegungs- und Grenzbereinigungsrecht,
 10. Flurbereinigung,
 11. Recht der Erschließung,
 12. Verfahren über sonstige Beeinträchtigungen von Grundstückseigentum, die sich auf öffentliches Recht stützen, mit Ausnahme finanzieller Lasten,
 13. Kindergeldrecht,
 14. Geistiges Eigentum (Urheber-, Patent- und Warenzeichenrecht),
 15. Höfeordnung (Britische Zone),
 16. Erbrecht.
- II. Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Prof. Dr. Grimm

- I. 1. Recht der freien Meinungsäußerung, Rundfunk- und Pressefreiheit — Artikel 5 Abs. 1 GG — (n i c h t: Hochschulrecht),
 2. Strafrecht, Strafverfahrensrecht und andere Rechtsgebiete, soweit das Recht der Versammlungsfreiheit/Demonstrationsrecht — Artikel 8 GG — betroffen ist,
 3. Allgemeines Persönlichkeitsrecht,
 4. Recht des Datenschutzes,
 5. Wirtschaftsrecht — Artikel 74 Nr. 11 GG — (soweit es sich nicht um vorwiegend persönlich ausgeübte Berufe — einschließlich Handwerksrecht — handelt),
 6. Wiedergutmachungsrecht (Entschädigungs- und Rückstattungsrecht — BEG —),
 7. Petitionsrecht — Artikel 17 GG —,
 8. Vereinigungsfreiheit — Artikel 9 Abs. 1 GG —.
- II. Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Prof. Dr. Söllner

- I. Sozialrecht
(soweit nicht die Dezernate BVR Dr. Seidl — Kindergeldrecht — und BVR Prof. Dr. Dieterich — z. B. Kassenarztrecht etc. — zuständig sind).
- II. Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVR Prof. Dr. Dieterich

- I. 1. Recht der selbständig und vorwiegend persönlich ausgeübten Berufe, soweit es in den Verfahren (zumindest auch) um die Auslegung des Artikel 12 GG geht.
Solche Berufe sind:
 - a) die klassischen freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten, Notare etc.),
 - b) andere selbständig, vorwiegend persönlich ausgeübte Berufe (z. B. Rechtsbeistände, Taxifahrer, Heilpraktiker, Makler, Hebammen, Landwirte etc.),
 2. Ausbildungs- und Prüfungsrecht (auch an Hochschulen, nicht jedoch im Rahmen des allgemeinen Schulrechts — vgl. Dezernat BVR Prof. Dr. Henschel —).
- II. Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

- I. 1. Arbeitsrecht
(z. B. auch betriebliche Altersversorgung),
 2. Recht der Arbeitnehmerüberlassung,
 3. Mutterschutzrecht, soweit es nicht zum Sozialrecht gehört.
- II. Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

BVRin Seibert

- I. Familienrecht,
einschließlich mit dem Familienrecht zusammenhängende Fragen des
— Namensrechts,
— Personenstandsrechts,
— Transsexuellengesetzes,
— Kinder- und Jugendhilferechts (KJHG).
- II. Kostenrecht und Prozeßkostenhilfverfahren, soweit Gebiete der originären Dezernatzuständigkeiten betroffen sind.

Teil B
(vgl. oben II, zu I. 2)

Zweiter Senat

**Beschluß des Zweiten Senats vom 25. November 1993
über die Geschäftsverteilung für das Geschäftsjahr 1994**

I.

1. In Verfassungsbeschwerde-Verfahren nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4a und 4b GG (§ 13 Nr. 8a BVerfGG) und in Verfahren der konkreten Normenkontrolle nach Artikel 100 Abs. 1 GG (§ 13 Nr. 11 BVerfGG) erfolgt die Bestellung des Berichterstatters in Zuordnung zu den aus Nr. I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten.
2. In den Verfahren der abstrakten Normenkontrolle nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2 GG (§ 13 Nr. 6 BVerfGG), der Vorlagen nach Artikel 100 Abs. 3 GG (§ 13 Nr. 13 BVerfGG) und der sonstigen Fälle nach Artikel 93 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 15 BVerfGG) orientiert sich die Bestellung des Berichterstatters an den aus Nr. I der Anlage ersichtlichen Rechtsgebieten und maßgeblich daran, welcher Richter angesichts der Geschäftslage das Verfahren gegenwärtig am wirksamsten fördern kann.

II.

In den übrigen Verfahrensarten erfolgt die Bestellung des Berichterstatters nach Maßgabe der aus Nr. II der Anlage ersichtlichen Verteilung.

III.

In Fällen der nicht nur kurzfristigen Dienstunfähigkeit oder der nachhaltigen Überlastung eines Richters kann abweichend von der unter I und II geregelten Geschäftsverteilung ein anderer Richter zum Berichterstatter bestellt werden.

Anlage

**Vorsitzender des Senats
Vizepräsident Prof. Dr. Mahrenholz**

- I. 1. Parlamentsrecht,
 2. Materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht,
 3. Privat- und Nebenklage.
- II. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), sofern sie überwiegend den Umfang der Rechte und Pflichten der Parlamente und ihrer Organe betreffen.

BVR Prof. Dr. Böckenförde

- I. 1. Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG,
 2. Materielles Asylrecht (33¼% der Eingänge)
 3. Staatskirchenrecht, einschließlich des Rechts der Dienstverhältnisse zu Religionsgesellschaften und des zugehörigen Disziplinarrechts.
- II. Verfahren nach Artikel 126 GG (§ 13 Nr. 14 BVerfGG).

BVR Prof. Dr. Klein

- I. 1. Parteienrecht,
2. Recht des öffentlichen Dienstes, einschließlich Verfahrensrecht,
3. Personalvertretungsrecht,
4. Wehr- und Ersatzdienstrecht, einschließlich Unterhaltungsrecht

5. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen,
6. Berufs- und Ausbildungsrecht,
7. Berufs- und Ehrengerichtbarkeit,
8. Wehrstrafrecht,
9. Materielles Asylrecht (33⅓% der Eingänge).
- II. 1. Verfahren nach Artikel 21 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 2 BVerfGG),
2. Verfahren nach Artikel 98 Abs. 2 und 5 GG (§ 13 Nr. 9 BVerfGG),
3. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG) und Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), sofern sie den verfassungsrechtlichen Status politischer Parteien betreffen.

BVRin Dr. Graßhof

- I. 1. Wahlrecht,
2. Aus dem Strafverfahrens- und Ordnungswidrigkeitenrecht: Wiedereinsetzung,
3. Klageerzwingungsverfahren (50% der Eingänge),
4. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (45% der Eingänge),
5. Staatsangehörigkeitsrecht,
6. Auslieferungsrecht,
7. Zentralregistersachen.
- II. 1. Verfahren nach Artikel 18 GG (§ 13 Nr. 1 BVerfGG),
2. Verfahren nach Artikel 41 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 3 BVerfGG).

BVR Kruis

- I. 1. Freiwillige Gerichtsbarkeit,
2. Anordnung und Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft,
3. Maßnahmen im Vollzug von
 - a) Untersuchungshaft,
 - b) Strafhaft,
 - c) Unterbringungen,
 - d) sonstigen Freiheitsentziehungen,
4. Maßnahmen nach dem 1. Buch, 8. Abschn. StPO in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren,
5. Wiederaufnahme des Strafverfahrens (4. Buch StPO) einschließlich der Rehabilitations- und Kassationsverfahren,
6. Ordnungswidrigkeitenrecht, ausgenommen Wiedereinsetzung.

- II. 1. Bund/Länderstreitigkeiten nach Artikel 84 Abs. 4 Satz 2, Artikel 93 Abs. 1 Nr. 3 und 4 GG (§ 13 Nr. 7 und 8 BVerfGG),
2. Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 99 GG (§ 13 Nr. 10 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist.

BVR Prof. Dr. Kirchhof

- I. 1. Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht,
2. Abgaben- und Steuerrecht, einschließlich Verfahrensrecht,
3. Ausländerrecht,
4. Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung von Völker- und Europarecht von erheblicher Bedeutung sind,
- II. 1. Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
2. Verfahren nach Artikel 100 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 12 BVerfGG).

BVR Winter

- I. 1. Strafrecht, ohne Wehrstrafrecht,
2. Strafverfahrensrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
3. Klageerzwingungsverfahren (50% der Eingänge),
4. Gnadensachen,
5. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (30% der Eingänge).
- II. 1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist
2. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,

BVR Sommer

- I. 1. Materielles Asylrecht (33⅓% der Eingänge),
2. Asylverfahrensrecht,
3. Streitige Zivilgerichtsbarkeit (25% der Eingänge),
4. Sozialgerichtsbarkeit, Arbeitsgerichtsbarkeit,
5. Verwaltungsgerichtsbarkeit, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist,
6. Wiedergutmachungsrecht einschließlich des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes.
- II. Verfahren nach Art. 61 GG (§ 13 Nr. 4 BVerfGG).

B. Kammern der Senate gemäß § 15a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BVerfGG

Erster Senat

Für das Geschäftsjahr 1994 werden gemäß § 15a Abs. 1 und Abs. 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

1. Kammer: Dr. Henschel
Dr. Seidl
Seibert
2. Kammer: Dr. Herzog
Dr. Söllner
Dr. Kühling
3. Kammer: Dr. Herzog
Dr. Grimm
Dr. Dieterich

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten

1. für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
2. für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer,
3. für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer,

jeweils mit dem zuletzt genannten Mitglied beginnend, als Stellvertreter ein.

Jede der drei Kammern ist für die Verfassungsbeschwerden und die Anträge nach § 80 BVerfGG aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig. Hinsichtlich der Verfassungsbeschwerden und dieser Anträge im Dezernat von Präsident Prof. Dr. Herzog ist jedoch die 2. Kammer nur für Verfahren mit geraden Zahlen des Aktenzeichens, die 3. Kammer nur für Verfahren mit ungeraden Zahlen des Aktenzeichens zuständig.

Zweiter Senat

Für das Geschäftsjahr 1994 werden gemäß § 15a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BVerfGG drei Kammern in folgender Besetzung gebildet:

1. Kammer: BVR Böckenförde
BVR Klein
BVR Sommer
2. Kammer: Vizepräsident Mahrenholz
BVR Kruis
BVR Winter
3. Kammer: BVRin Graßhof
BVR Kirchhof
BVR Sommer

Bei Verhinderung ordentlicher Kammermitglieder treten

- a) für die Mitglieder der 1. Kammer die Mitglieder der 2. Kammer, sodann die Mitglieder der 3. Kammer,
- b) für die Mitglieder der 2. Kammer die Mitglieder der 3. Kammer, sodann die Mitglieder der 1. Kammer und
- c) für die Mitglieder der 3. Kammer die Mitglieder der 1. Kammer, sodann die Mitglieder der 2. Kammer,

jeweils mit dem dienstjüngsten Mitglied (§ 8 der Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts) beginnend, als Stellvertreter ein.

Die Kammern sind für Verfassungsbeschwerden und Vorlagen (§ 81 BVerfGG) aus den Dezernaten ihrer ordentlichen Mitglieder zuständig; für das Dezernat des Richters Sommer ist die 1. Kammer für Verfahren aus dem materiellen Asylrecht und Asylverfahrensrecht, die 3. Kammer für die übrigen Verfahren zuständig.

C. Ausschluß gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG

Erster Senat

Für das Geschäftsjahr 1994 werden in den Ausschluß gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG berufen:

Dr. Henschel
Dr. Seidl

und als Stellvertreter

Dr. Grimm
Dr. Söllner

Die Vertreter sind in der Reihenfolge zuständig, in der sie vorstehend aufgeführt sind.

Zweiter Senat

Für das Geschäftsjahr 1994 werden in den Ausschluß gemäß § 14 Abs. 5 BVerfGG berufen:

BVR Böckenförde
BVR Klein

und als Stellvertreter

BVRin Graßhof
BVR Kruis

Die Vertreter sind in der Reihenfolge heranzuziehen, in der sie vorstehend aufgeführt sind.

D. Beschluß des Ersten Senats vom 15. Dezember 1993

Für die Durchführung der Voruntersuchung in den Fällen von § 38 Abs. 2, § 54 Abs. 2 und § 58 Abs. 1 BVerfGG sind für das Geschäftsjahr 1994 in der Reihenfolge der Verfahren folgende Richter zuständig:

Dr. Kühling
Dr. Söllner
Seibert
Dr. Dieterich
Dr. Henschel
Dr. Seidl
Dr. Grimm.

Vertreter ist jeweils der in der Reihe folgende Richter.

E. Beschluß des Plenums des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 1978

Soweit sich die Zuständigkeit der Senate nach dem Anfangsbuchstaben richtet, entscheidet der Name des Beschwerdeführers, bei mehreren Beschwerdeführern des in der Verfassungsbeschwerdeschrift an erster Stelle Genannten.

Im einzelnen ist maßgebend:

1. bei Verfassungsbeschwerden natürlicher Personen:

der Anfangsbuchstabe des Familiennamens; dabei gelten die zum Namen gehörenden Adelsbezeichnungen im Sinne der Zuständigkeitsregelung nicht als Teil des Familiennamens; werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Beschwerdeführer genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maßgebend;

2. bei Verfassungsbeschwerden juristischer Personen:

- a) der Anfangsbuchstabe des ersten in der Bezeichnung des Beschwerdeführers enthaltenen Familiennamens, gleichviel ob er als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes erscheint;
- b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes;

- c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes;

in den Fällen zu Buchstabe b und c bleiben jedoch folgende Worte und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — sofern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft, Baugesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma, Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Grube, Grundstücks-, Handels-, Kommanditgesellschaft, Korporation, Stiftung, Verband, Verein, Vereinigung, Zeche, Zentrale;

3. bei Verfassungsbeschwerden

- a) eines Konkursverwalters: der Name des Gemeinschuldners;
- b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders: der Name des Schuldners bzw. des Betreuten;
- c) eines Nachlaßverwalters, Nachlaßpflegers oder Testamentsvollstreckers: der Name des Erblassers.